

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt,
Carsten Ovens, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Jede Sekunde zählt – Kampagne zur Bildung von Rettungsgassen auflegen

67.197 Verkehrsunfälle mit 7.898 Verletzten ereigneten sich im vergangenen Jahr in Hamburg. Gerade Unfälle auf den Autobahnabschnitten in und um Hamburg lassen sich leider nur schwer vermeiden. Neben der Rolle Hamburgs als Verkehrsdrehscheibe Norddeutschlands und Nordeuropas, was dauerhaft zu einer hohen Aus- und Belastung der Verkehrsinfrastruktur führt, sind es die bereits angelaufenen und/oder geplanten Großprojekte auf und an den Autobahnen in und um Hamburg, die während der Bauphasen das Unfall- und damit das Staurisiko langfristig erhöhen.

Wenn es einmal gekracht hat, zählt für verunglückte Personen jede Sekunde. Feuerwehren, Rettungskräften, Polizei und anderen Hilfsdiensten wird der Weg zur Unfall- und Gefahrenstelle aber oft unnötig erschwert, weil trotz Stauentwicklung keine sogenannte Rettungsgasse gebildet wird. Wie dies zu geschehen hat, ist in § 11 Absatz 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO) eindeutig geregelt:

„Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen für eine Richtung, müssen Fahrzeuge für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen in der Mitte der Richtungsfahrbahn, bei Fahrbahnen mit drei Fahrstreifen für eine Richtung zwischen dem linken und dem mittleren Fahrstreifen, eine freie Gasse bilden.“

Zwar wird das Wissen über das richtige Verhalten in Stausituationen im Fahrschulunterricht vermittelt, allerdings lässt dieses Wissen bei den Verkehrsteilnehmern offenkundig mit der Zeit stark nach. Um dieses Wissen wieder präsenter zu machen und im Einsatzfall lebenswichtige Zeit zu gewinnen, sollte Hamburg dem Beispiel anderer Bundesländer¹ folgen und in Zusammenarbeit mit geeigneten Kooperationspartnern (Automobilclubs, Polizei und Feuerwehr, Hilfs- und Rettungsdienste, Rundfunkanstalten beziehungsweise Radiosender, Anbieter von Navigationsgeräten, Behörden, Dienststellen der angrenzenden Bundesländer und so weiter) eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zum richtigen Verhalten in Stausituationen mit dem Schwerpunkt Rettungsgassen auflegen. Ziel soll die Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer bei diesem wichtigen Thema sein. Die Kampagne soll ganzjährig angelegt sein, aber einen Schwerpunkt auf die Hauptreisezeiten legen. Bei städtischen Kooperationspartnern wie der Feuerwehr Hamburg und der Polizei Hamburg dürfen die verschiedenen Maßnahmen nicht auf Kosten der veranschlagten Budgets gehen. Mehrkosten müssen vom Senat separat finanziert werden.

¹ Beispielsweise <https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2013/101/index.php> oder <https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/landesregierung-startet-kampagne-rettungsgasse> oder http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=144701&psmand=33.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit geeigneten Kooperationspartnern eine Kampagne für korrektes Verhalten von Kraftfahrzeug- und Kraftradfahrern in Stausituationen mit dem Schwerpunkt „Bildung von Rettungsgassen“ aufzulegen. Die Kampagne soll ganzjährig ausgelegt sein, aber einen temporären Schwerpunkt auf die Hauptreisezeiten legen. Das Hauptziel der Kampagne besteht darin, den Verkehrsteilnehmern hamburgweit und gegebenenfalls über die Landesgrenzen hinaus die wichtigsten Verhaltensregeln bei Unfällen, Pannen oder im Stau noch besser ins Bewusstsein zu rufen. Hierzu bieten sich mindestens die folgenden Maßnahmen an:
 - a) Großflächige Schilder an neuralgischen, staugefährdeten Autobahnabschnitten
 - b) Banner an Autobahnbrücken
 - c) Gezielte Rundfunkdurchsagen
 - d) Plakate an den Autobahnraststätten in und um Hamburg
 - e) Automatische Hinweise in Navigationsgeräten
 - f) Faltblätter
 - g) Informationen und Mitteilungen in sozialen Online-Medien und -Plattformen
2. zu prüfen, ob mittels der elektronischen Schilderbrücken auf den Hamburger Autobahnabschnitten auf die Bildung von Rettungsgassen hingewiesen werden kann.
3. der Bürgerschaft bis zu den Herbstferien 2016 zu berichten.